

## Rede zum Kreishaushalt 2021

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

wir starten in das Jahr 2021 wie wir das Jahr 2020 verlassen werden. Mit einer Corona Pandemie, die auf der ganzen Welt und auch in Deutschland auf ihrem bisherigen Höhepunkt wütet. Mit einer Klimakrise, die nichts am Dynamik verloren hat, und deren Höhepunkt wir noch lange nicht erreicht haben. Und mit Kreisfinanzen, denen weder das Eine noch das Andere scheinbar etwas anhaben kann.

Die Pandemie hat auch im Rhein-Neckar Kreis das Leben und die Wirtschaft durcheinander gebracht. Sie hat viele Pläne zerstört, Lebensentwürfe durcheinander gewirbelt, und Unternehmen an den Rand des Ruins gebracht. Sie hat uns auch in vielen Bereichen zum Einhalten gezwungen, dazu unseren Lebensstil zu hinterfragen, Verhaltensweisen zu verändern. Mit den anstehenden Impfungen besteht die Chance unser Leben im Laufe des Jahres 2021 wieder weitgehend zu normalisieren. In vielen Bereichen ist das notwendig und wichtig. Aber einfach so zum status quo ante zurück zu kehren kann nicht die Lösung für alle Aspekte unseres Lebens sein. Denn in vieler Hinsicht hat Corona Mängel aufgedeckt, die vorher in unserer Gesellschaft wenig beachtet waren.

Auch wenn uns unser Gesundheitssystem bisher gut durch die Krise geholfen hat, unsere Kranken gut versorgt waren und die Todeszahlen vergleichsweise niedrig, so hat sich doch gezeigt, wozu die Durchökonomisierung des Gesundheitssystems führen kann. Plötzlich wurden die Standorte von Pharmaproduktion, weltweite Lieferketten und geringe Lagerbestände wieder zu Themen. Themen, die auch uns als Träger von Gesundheitseinrichtungen nicht kalt lassen können.

Deutlich vor Augen geführt wurde uns auch, dass der Grad der Digitalisierung in Deutschland sicher nicht dem entspricht, was einer führenden Industrienation angemessen ist. Ob beim Unterricht zuhause oder dem homeoffice, die immer noch löchrigen Glasfasernetze haben gezeigt, dass hier noch viel Arbeit vor uns liegt. Auch im Kreis müssen wir ambitioniert weiter arbeiten und uns von den bürokratischen Hürden von Bund und Land nicht ausbremsen lassen.

Gerade die Digitalisierung hat aber auch auf einem ganz anderen Gebiet Mängel offen gelegt.

Selbst wenn alle technischen und organisatorischen Probleme einmal gelöst sind, stehen wir noch immer vor der Herausforderung, dass nicht alle gleichberechtigt teilhaben können. Die soziale Spaltung wurde in der Pandemie einmal mehr deutlich. Schüler\*innen, die nicht die nötige technische Ausstattung haben, um zuhause zu arbeiten, die in einer engen Wohnung keinen ruhigen Arbeitsplatz finden, weil Geschwister deren KiTa geschlossen ist und Eltern die auf Kurzarbeit oder im homeoffice sind auch Raum beanspruchen, gehören zu den Verlierer\*innen dieser Krise. Während wir mit Milliarden Flughäfen und Fluggesellschaften eine Zukunft verschaffen, werden hier Zukunftschancen verbaut. Auch in diesem Bereich müssen wir dringend unsere Prioritäten hinterfragen.

Es wird also klar, dass wir nicht einfach zurück auf Los gehen können und nach dem Ende der Pandemie dort weiter machen, wo wir Anfang des Jahres so rüde unterbrochen wurden. In den genannten Bereichen und weit darüber hinaus müssen wir uns besinnen, müssen wir andere Wege einschlagen. Das steht auch im Hinblick auf die zweite Herausforderung an, die ich anfangs meiner Rede genannt habe. So sehr wir momentan den Eindruck haben, dass Corona für viele von uns der größte Einschnitt in unser Leben sein wird, so wahrscheinlich ist es, dass die Klimakrise unser Leben noch weit mehr und wesentlich nachhaltiger verändern wird. Auch wenn die Pandemie in den Köpfen und den Medien im Vordergrund stand und steht, so waren auch in 2020 die Zeichen eines dramatischen Klimawandels nicht zu übersehen. Ebenso wenig kann man darüber hinweg sehen, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen auf keiner politischen Ebene bisher ausreichen.

Der „Nachteil“ der Klimakrise gegenüber der Pandemie besteht darin, dass sie sich langsamer vollzieht und dass das Ursache-Wirkungs Verhältnis viel komplizierter ist. Ließe sich der Klimawandel mit einer einfachen AHA-Regel, die man ein paar Monate anwenden muss stoppen, so wären wir wohl schon weiter. Aber die benötigten Verhaltensänderungen sind wesentlich komplexer, und müssen vor allem dauerhaft sein. Was wirken könnte hat uns dieses Corona-Jahr gezeigt. Das Klima zählt – zumindest kurzfristig – zu den Krisengewinnern. Würden wir das was wir 2020 zwangsweise herunter gefahren haben bis 2030 so beibehalten, könnten wir sogar die Pariser Klimaziele erreichen. Doch das kann niemand auf diese Weise wollen und bezahlbar ist es auch nicht.

Schlimm für das Klima wäre aber, wenn wir die politischen und finanziellen Anstrengungen dieses Jahres als Ausrede benutzen würden, bei der Bekämpfung der Klimakrise einen Gang zurück zu

schalten. Das Gegenteil muss der Fall sein, denn so wenig wie das Virus sich darum kümmert, dass es uns langsam lästig wird, so wenig kümmert es den Klimawandel, dass wir unser Geld gerade für etwas anderes ausgeben. Wir müssen aus der Corona-Pandemie sowohl als Gesellschaft, wie auch als Individuen anders heraus gehen als wir hinein gegangen sind, sonst werden wir den Kampf gegen die Klimakrise verlieren.

Das gilt für nicht nur für uns selbst, sondern für alle politischen Ebenen, von der Kommune bis zu den Vereinten Nationen. Es dürfen keine Entscheidungen mehr getroffen werden, bei denen der Klimaeffekt nicht berücksichtigt ist, und wenn eine Maßnahme sich nicht positiv auf die Klimabilanz auswirkt, dann muss sie überdacht werden oder unterbleiben. Die Zeit für halbe Sachen ist abgelaufen, und je länger wir jetzt noch warten, desto drastischer werden künftig die Schritte ausfallen müssen. Noch können wir unsere Wirtschaft ohne dramatische Einbußen klimaverträglich umbauen, schieben wir das auf stehen wir irgendwann vor derselben Frage wie bei Corona: Harter Lockdown auf allen Ebenen oder den gesellschaftlichen Preis für unsere Klimazerstörung bezahlen.

Noch stehen uns die Ressourcen für einen Wandel zur Verfügung. Je länger wir aber in falsche Technologien investieren und in bloße Reparatur ohne grundlegenden Richtungswechsel, desto mehr verschwenden wir Mittel, die wir dringend für den sozial-ökologischen Umbau brauchen. Eine Zeit des Neuanfangs ist immer auch eine gute Gelegenheit neue Wege einzuschlagen. Das gilt natürlich auch für den Kreis, und der vorliegende HH-Entwurf zeigt, dass wir dafür strukturell gut gerüstet sind.

Finanziell stehen wir gut da, die Pandemie hat noch keine gravierenden Spuren hinterlassen. Natürlich gibt es auch bei uns Corona bezogene Mehrausgaben und Mindereinnahmen, aber die Gelder von Bund und Land haben hier vieles ausgeglichen, sodass sich der Kreis weder im laufenden Haushaltsjahr noch im nächsten einschränken muss. Im Gegensatz zu so mancher Kommune, die unter wegbrechenden Gewerbesteuereinnahmen leidet. Daher können wir es uns auch ohne aktuell selbst zu leiden leisten unseren Kreiskommunen in dieser schwierigen Lage mit einer Umlagesenkung von sehr deutlichen 1,75 Punkten zu Hilfe zu kommen, womit wir einen neuen Tiefpunkt beim Hebesatz erreichen. Damit sind unsere Kommunen in einer vergleichsweise komfortablen Lage, wenn man bedenkt, dass andere Kreise gezwungen sind ihre Hebesätze anzuheben. Es bleibt zu hoffen, dass man sich daran erinnert, wenn wir uns in der Zukunft

gezwungen sehen sollten den Hebesatz wieder nach oben zu schrauben. Und wir können uns auch in diesem Jahr nicht verkneifen zu erwähnen, dass das Füllhorn des Kreises nicht über allen in gleicher Weise ausgeschüttet wird. Denn auch wenn sich der Hebesatz für alle um die gleiche Zahl von Punkten senkt, so bedeutet das für die Einen einen Millionenbetrag, für andere nur ein paar zehntausend Euro. Auf die Frage der Bedürftigkeit nimmt dieses System keine Rücksicht.

Trotz der großen Summe, die wir den Kommunen mit der Umlagesenkung zur Verfügung stellen kann der Kreis auch seine eigenen Aufgaben stemmen. So wird die Verschuldung des Kreises nicht ansteigen und zum zweiten Mal in Folge unter 70 Mio. bleiben. Damit stehen Kernhaushalt und der Haushalt des Eigenbetriebs nach wie vor sehr gut da. Der Blick auf die Konzernverschuldung ist aber wie in den vergangenen Jahren immer wieder von uns betont ein ganz anderer. Insbesondere die Entwicklung im GRN bereitet uns hier zunehmend Sorgen.

Ziel der Grünen Fraktion ist es daher bis zum Ende der Finanzplanungszeitraums 2024 nicht nur die Kernverschuldung auf dem heutigen Stand zu halten, sondern auch die Senkung der Konzernverschuldung auf die Agenda zu setzen. Das wird angesichts des anstehenden umfangreichen Investitionsprogramms von 130 Mio. € alleine bei Kreis und Eigenbetrieb sicher nicht einfach. Aber angesichts einer Liquidität von nahezu 70 Mio. € zum Ende 2020 ist die Aufgabe nicht unlösbar. Auch angesichts der Tatsache, dass der Kreis in den zurückliegenden Jahren Einnahmen und Ausgaben immer mit kaufmännischer Vorsicht geplant hat, und daher regelmäßig in der Jahresrechnung besser abgeschnitten hat als geplant, ist unsere Hoffnung die Investitionen ohne Nettoneuverschuldung stemmen zu können sicher nicht ganz unbegründet.

Zumal bei den großen anstehenden Maßnahmen, wie dem Umbau und der Erweiterung der Polizeidirektion in der Römerstraße, den Umbauten an unseren Schulstandorten in Weinheim und Sinsheim, der Ertüchtigung des Stifts Sunnisheim oder den Investitionen in unsere Gesundheitseinrichtungen sicher auch noch der ein oder andere Puffer vorhanden sein wird.

Dass diese Maßnahmen durchgeführt werden müssen, um die genannten Kreiseinrichtungen zukunftsfähig aufzustellen ist im Kreistag umstritten, daran gibt es auch von unserer Seite nichts auszusetzen. Natürlich bieten diese massiven baulichen Investitionen auch die Möglichkeiten beim Klimaschutz in den Liegenschaften des Kreises noch einmal substanzelle Schritte nach vorn zu machen. Hier können und müssen starke Signale für unseren Umgang mit Energie und Rohstoffen

gesetzt werden und der Kreis kann seiner Vorbildfunktion gerecht werden. Zum Glück gehören auch im Kreistag die Zeiten, da man sich um die Sinnhaftigkeit zum Beispiel von Passivgebäuden streiten musste der Vergangenheit an.

Eine andere Frage ist, ob angesichts des Klimawandels unsere Anstrengungen zum Klimaschutz ausreichen. 2,5 Millionen pro Jahr, davon eine Million an investiven Maßnahmen beträgt der dauerhafte Ansatz. Und auch dieser wurde in den letzten Jahren regelmäßig nicht ausgeschöpft. Nun ist die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes in vollem Gang und wir gehen davon aus, dass sich daraus weitere Ansatzpunkte ergeben, wie wir unseren Kreis auf diesem wichtigen Gebiet voran bringen können. In vielen Bereichen ist der Rhein-Neckar Kreis Vorreiter der Kreise im Baden-Württemberg. Ausgerechnet beim Klimaschutz stehen wir nicht so gut da. Daher müssen künftig unsere Anstrengungen über den unmittelbaren Einflussbereich des Kreises hinaus weisen. Die Zusammenarbeit von Kreis und Kreiskommunen muss in diesem Bereich intensiviert werden.

Dies geschieht auf anderen Feldern bereits. Ob beim Thema Breitbandverkabelung, dem Phosphorrecycling oder der Digitalisierung der Schulen, in ganz unterschiedlichen Formaten wird hier die Expertise des Kreises mit den Kommunen verbunden, weit über das Unumgängliche hinaus. Es ist nicht einzusehen, warum uns das beim Kampf gegen die Klimaerwärmung nicht auch gelingen sollte.

Bei der breiten Diskussion um den diesjährigen Haushalt gab es zwei Anträge von Fraktionen, auf die ich zum Schluss noch eingehen möchte. Die SPD beantragte den Ansatz für die Schulsozialarbeit aufzustocken, damit wir wieder unser Drittel zu dieser wichtigen Aufgabe beitragen können und die Kommunen damit entlastet werden. Auch dies ein gutes Beispiel bei dem Kreis und Kommunen zweckgebunden gut zusammen arbeiten. Die Mittel sollen nun bereit gestellt werden, über die tatsächliche Auszahlung entscheidet dann der Jugendhilfeausschuss. Wir stimmen dem zu. Allerdings sollten wir das Land dringend auffordern auch seinen Beitrag wieder aufzustocken.

Meine Fraktion hat den Antrag eingebracht die Mittel für die Suchtberatung im Kreis deutlich zu erhöhen und ein kreisweites Suchtberatungskonzept zu erstellen. Daraufhin wurden die Haushaltsansätze um 180 000.- € angehoben, und ein Konzept wird im Jahr 2021 erstellt. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung aber sicher noch nicht das Ende der Geschichte. Wir gehen

davon aus, dass sich aus dem Konzept ein weiterer Bedarf ergeben wird über den wir dann gegebenenfalls bei der kommenden Haushaltsdebatte sprechen müssen.

Insgesamt sehen wir diesen Haushaltsentwurf als gelungene Mischung aus finanzieller Stabilität, sinnvollen Investitionen und zukunftsähiger Ausrichtung des Kreises an. Wir können dem Kreishaushalt, dem Haushalt des Eigenbetriebes Bau, Vermögen und Informationstechnik und der Freiherr von Ullner'schen Stiftung zustimmen.

Wir danken den Kolleginnen und Kollegen für die gute Diskussion in den Ausschüssen, der Verwaltung für die Bereitstellung der Unterlagen und die kompetente und schnelle Beantwortung unserer Fragen.